

APA0312 5 II 0454 CI/XI Siehe APA0245/02.07 Do, 02.Jul 2020  
Epidemie/ Viruserkrankung/ Schule/ Österreich

## Coronavirus - Lehrer fordern dringend Masterplan für den Herbst

### Utl.: Kimberger will Szenarien von Vollbetrieb bis Fernunterricht und mehr Unterstützung durch medizinisches Fachpersonal - Frage von Wegweisungen gehöre geklärt

Wien (APA) - Der oberste Lehrgewerkschafter Paul Kimberger (FCG) kritisiert die Planungen für das kommende Schuljahr unter den speziellen Bedingungen der Corona-Pandemie. Bildungsministerium und -direktionen müssten sich schon jetzt auf Szenarien von Voll- über Schichtbetrieb bis zu Fernunterricht vorbereiten. "Das geschieht nach meiner Beobachtung zumindest im Moment noch nicht im ausreichenden Maß."

Im Gespräch mit der APA fordert Kimberger Masterpläne dafür, wie die Schulen ab Herbst unmittelbar von den Gesundheitsbehörden unterstützt und Verdachtsfälle an den Schulen so rasch wie möglich getestet werden können. Die Vorkommnisse in Oberösterreich, wo als Reaktion auf einen Corona-Cluster die Schulen und Kindergärten in fünf Bezirken geschlossen werden, hätten erneut gezeigt, wie dringend eine professionelle Vorbereitung sei.

Derzeit könnten Lehrer und Direktoren nach Kimbergers Einschätzung noch ganz gut damit umgehen, dass sie als medizinische Laien entscheiden sollen, ob ein Schüler ein Verdachtsfall sein könnte oder nicht. Er blicke aber mit Sorge auf das kommende Schuljahr. "Ich hoffe, dass das, was wir derzeit in Oberösterreich haben, nicht ein Vorgeschmack auf den Herbst ist, weil mit Einsetzen der Grippezeit die Unterscheidung natürlich ganz besonders schwer wird." Um zu verhindern, dass viele Kinder umsonst präventiv vom Unterricht ausgeschlossen werden, bräuchte es laut Kimberger ein Krisenmanagement, das eine unmittelbare Testung in den Bildungseinrichtungen sicherstellt. Die Schulen benötigten auch mehr Unterstützung durch medizinisches Fachpersonal.

Außerdem müsse geklärt werden, ob Schulen ein erkranktes Kind oder auch einen Lehrer, der krank in die Schule kommt, wegweisen dürfen. "Ich glaube, dass wir es uns nicht mehr leisten können, dass man krank in die Schule kommt. Das wird in der Corona-Situation nicht mehr möglich sein."

Auch die Frage, wie die Schulen eine neuerliche Umstellung auf Fernunterricht im Falle der zeitweisen Schließung von Klassen oder Schulen im Herbst organisatorisch und pädagogisch bewältigen können, müsse schon im Vorfeld geklärt werden. Hier müssten sich Ministerium, Bildungsministerium, Pädagogen und Gesundheitsexperten auf Basis der Erfahrungen der vergangenen Monate absprechen, fordert Kimberger. "Ich glaube, dass das zumindest im Moment keine Priorität hat und das beruhigt mich überhaupt nicht."

Bei der Unterstützung der Schulen durch die Bildungs- und Gesundheitsbehörden sieht Kimberger derzeit noch Verbesserungsbedarf. In den vergangenen Wochen habe es etwa teilweise Probleme mit dem Informationsfluss an die Schulen gegeben. Ihm sei berichtet worden, dass Kinder, in deren Familien es Coronafälle gab, trotz Absonderungsbescheid in die Schule gekommen seien. In der Schule wusste man allerdings nicht, dass die Kinder eigentlich in Heimquarantäne sein sollten. "Die Schulen müssen sofort informiert werden", fordert Kimberger. Es sei nicht nachvollziehbar, dass das mit Verweis auf den Datenschutz unterlassen werde. "Da steht die Gesundheit aller Beteiligten am Spiel."

(Schluss) riß/aku/spu

APA0312 2020-07-02/14:18  
21418 Jul 20